




Langsam aufwärts

IW-Konjunkturprognose. Nach der Vollbremsung im Winterhalbjahr 2012/13 kommt die deutsche Wirtschaft erst allmählich wieder in Gang. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird daher 2013 nur um $\frac{3}{4}$ Prozent gegenüber dem Vorjahr zulegen. Für das kommende Jahr erwartet das IW Köln ein Plus von gut $1\frac{1}{2}$ Prozent – nicht zuletzt, weil der Außenhandel und die Investitionen wieder expandieren. 

Die Prognose beruht nicht zuletzt auf der Annahme, dass die Weltwirtschaft leicht Fahrt aufnimmt. Auch die meisten Euro-Krisenländer sollten 2013 die Talsohle erreichen, gleichwohl bleiben die Wachstumsperspektiven für Europa verhalten.

Diese Sichtweise wird durch die IW-Befragung von fast 3.000 Unter-

nehmen in diesem Frühjahr untermauert. Die Firmen in Deutschland beurteilen ihre Lage aktuell etwas besser als im Herbst 2012 (vgl. iwd 47/2012). So sprechen 28 Prozent von einer günstigeren Geschäftssituation, ein Viertel meldet eine Verschlechterung. Auch der Blick nach vorn lässt hoffen (Grafik):

Rund 37 Prozent der Unternehmen gehen für das Jahr 2013 von einer steigenden Produktion aus – lediglich 18 Prozent erwarten einen geringeren Output.

Dabei sind die ostdeutschen Betriebe zuversichtlicher als die westdeutschen. Zwischen den einzelnen Branchen gibt es dagegen nur geringe Abweichungen.

Auch die weiteren Ergebnisse der Konjunkturprognose (Tabelle Seite 2) und der Frühjahrsbefragung sind unterm Strich recht erfreulich:

• **Außenhandel.** Die Aussichten der deutschen Unternehmen haben →

Konjunktur: Firmen sind verhalten zuversichtlich

So viel Prozent der Unternehmen erwarten für das Jahr 2013 eine  Abnahme der ...  Zunahme der ...

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Insgesamt	
Produktion	18,7	35,8	16,7	41,2	18,3	36,5
Exporte	15,5	29,5	13,6	19,0	15,3	28,3
Erträge	30,0	27,1	24,1	28,0	29,2	27,2
Investitionen	22,0	33,2	24,7	27,3	22,4	32,5
Beschäftigung	18,7	28,8	20,3	29,3	18,9	28,9

Rest zu 100: gleichbleibend; Quelle: IW-Befragung von 2.292 Unternehmen in Westdeutschland und 629 Unternehmen in Ostdeutschland im März/April 2013

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwd 17 - Foto: Jonas Krüger/MEV

Inhalt

Einkommenssteuer. Damit Lohnerhöhungen auch bei steigenden Preisen zu mehr Kaufkraft führen, sollte der Staat den Steuertarif jährlich an die Inflation anpassen.
Seite 3

Bundesregierung. Die reformpolitische Bilanz von Merkels Regierungszeit ist durchwachsen – vor allem in der Amtsperiode seit 2009 hat der Elan nachgelassen.
Seite 4-5

Verkehrsemissionen. Die EU-Kommission peilt ab dem Jahr 2020 die weltweit strengsten Grenzwerte für den Kohlendioxidausstoß von Pkws an.
Seite 6-7

Ökobanken. Die alternativen Finanzinstitute bieten Investments in nachhaltige Unternehmen an – und haben damit Erfolg: Kundenzahl und Einlagen wachsen stetig.
Seite 8

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ sich gegenüber dem Herbst 2012 deutlich verbessert – inzwischen rechnen 28 Prozent für den weiteren Jahresverlauf mit steigenden Ausfuhren, nur 15 Prozent erwarten einen Rückgang. Vor allem die westdeutschen Firmen sowie die Investitionsgüterproduzenten sind zuversichtlich.

Dies dürfte nicht zuletzt an der langsam zunehmenden weltwirtschaftlichen Dynamik liegen. Allerdings beeinträchtigen die steigenden Energie- und Lohnstückkosten die deutschen Exportchancen.

Insgesamt aber werden die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen im laufenden Jahr voraussichtlich real um 3 1/2 Prozent und 2014 um 5 Prozent wachsen.

Damit kann der Außenhandel spätestens im kommenden Jahr das

Wirtschaftswachstum wieder zunehmend antreiben.

• **Investitionen.** Hier schaffen die verbesserten Produktionsaussichten, die weltwirtschaftliche Erholung und die günstigen Finanzierungsbedingungen gute Voraussetzungen für eine Trendwende. Nachdem die Unternehmen 2012 ihre Investitionen in neue Maschinen und Anlagen deutlich zurückgefahren hatten, will immerhin ein Drittel das Budget nun aufstocken; nur 22 Prozent halten Kürzungen für erforderlich.

Angesichts dessen ist für 2013 bei den Ausrüstungsinvestitionen immerhin ein Nullwachstum möglich. Im Jahr 2014 winkt ein Plus von bis zu 5 1/2 Prozent – sofern die Politik die Rahmenbedingungen nicht zum Beispiel durch Steuererhöhungen verschlechtert. Im Bausektor sind in

beiden Jahren leicht steigende Investitionen zu erwarten – unter anderem, weil die Nachfrage nach neuen oder modernisierten Wohnungen hoch bleibt.

• **Arbeitsmarkt.** Noch vor wenigen Monaten hatten die deutschen Unternehmen überwiegend mit einem Beschäftigungsrückgang gerechnet. Mittlerweile hat sich das Blatt gewendet:

Derzeit planen 29 Prozent der Unternehmen, in diesem Jahr zusätzliche Mitarbeiter einzustellen – lediglich 19 Prozent gehen von einem Personalabbau aus.

Besonders gut sind die Aussichten im Sektorservice, wo ein Drittel der Firmen mit einem Beschäftigungszuwachs und nur ein Sechstel mit einem Rückgang rechnet.

Damit dürfte die Erwerbstätigenzahl in Deutschland nach wie vor leicht steigen – im Jahr 2014 auf fast 42 Millionen. Die Zahl der Arbeitslosen wird dann wieder unter die 2,9-Millionen-Marke sinken.

• **Privater Konsum.** Die erfreuliche Arbeitsmarktentwicklung und die damit verbundenen Einkommenszuwächse sorgen mit dafür, dass die Konsumnachfrage der privaten Haushalte das Wachstum der deutschen Wirtschaft weiterhin stützt. Auch die niedrige Teuerungsrate wirkt sich positiv aus. Insgesamt erwarten die IW-Konjunkturforscher für den privaten Konsum 2013 und 2014 daher ein reales Plus von etwa 1/2 bzw. 1 Prozent.

IW-Prognose für 2013 und 2014


Deutschland, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2012	2013	2014
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Erwerbstätige	1,1	1 1/4	1 1/2
Arbeitslosenquote	6,8	6 1/2	6 1/2
Arbeitsvolumen	0,4	0	1/4
Produktivität	0,3	3/4	1 1/4
Bruttoinlandsprodukt	0,7	3/4	1 1/2
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Private Konsumausgaben	0,6	1 1/2	1
Konsumausgaben des Staates	1,4	1	1
Anlageinvestitionen	-2,5	1 1/2	3
– Ausrüstungen	-4,8	0	5 1/2
– Sonstige Anlagen	3,2	3	3
– Bauten	-1,5	3/4	1 1/4
Inlandsnachfrage	-0,4	1	1 1/2
Export	3,7	3 1/2	5
Import	1,8	3 3/4	5
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	2,0	1 3/4	2
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo	0,2	-1/4	1/4

Stand: April 2013; Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen; Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde; Finanzierungssaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts; Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Inflationsausgleich ist notwendig

Einkommenssteuer. Damit die Arbeitnehmer auch bei steigenden Preisen etwas von ihren Lohnerhöhungen haben, sollte der Staat für eine automatische jährliche Anpassung des Steuertarifs an die Inflation sorgen. 

Wenn das Bruttogehalt steigt, ist das erst mal eine prima Sache. Das heißt allerdings noch lange nicht, dass der Arbeitnehmer am Ende auch mehr Kaufkraft hat – schuld daran ist die sogenannte kalte Progression (Kasten).

Wie stark sie sich auswirkt, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft berechnet. Dem Gutachten zufolge muss jeder Arbeitnehmer – bei einem jährlichen Anstieg des Bruttogehalts um 2,9 Prozent und einer Inflationsrate von 2 Prozent – allein aufgrund der kalten Progression im Durchschnitt pro Jahr 80 Euro mehr an Einkommenssteuer zahlen.

Vor allem bei den Beziehern geringer Einkommen schlägt dieses Phänomen zu (Grafik):

Bei einem alleinstehenden Arbeitnehmer mit einem Bruttoeinkommen von 10.000 Euro im Jahr 2010 entfallen mehr als 60 Prozent der bis 2017 zu erwartenden Steuer mehrbelastung auf die kalte Progression.

Eine Initiative der Bundesregierung, den Steuertarif umfassend zu ändern, um die kalte Progression wettzumachen, wurde von den Ländern gestoppt. Nun wird 2013 und 2014 lediglich der Grundfreibetrag – bis zu diesem Einkommen werden keine Steuern fällig – an die Inflation angepasst.

Kalte Progression: Kleine Einkommen trifft es härter

Lesebeispiel: In den Jahren 2010 bis 2017 wächst die gesamte Steuerbelastung eines allein-stehenden Arbeitnehmers mit einem Bruttojahreseinkommen von 10.000 Euro – bei einer jährlichen Gehaltssteigerung von 2,9 Prozent und einer Inflationsrate von 2 Prozent – um insgesamt 436 Euro. Davon entfallen allein 261 Euro bzw. 60 Prozent auf die kalte Progression.

Bruttojahres-einkommen	Einkommens-zuwachs 2010 bis 2017	Zusätzliche Einkommens-steuer-belastung	darunter: Kalte Progression	
			in Euro	in Prozent
10.000	2.215	436	261	60
20.000	4.431	1.239	450	36
30.000	6.646	2.196	675	31
40.000	8.862	3.379	991	29
50.000	11.077	4.633	1.242	27
75.000	16.615	6.979	1.243	18
100.000	22.154	9.305	1.243	13
250.000	55.385	24.901	2.386	10
500.000	110.770	49.847	2.387	5

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw17

Bleibt der Einkommenssteuertarif ansonsten unverändert, müssen die deutschen Steuerzahler in den Jahren 2010 bis 2017 allein aufgrund der kalten Progression insgesamt mehr als 20 Milliarden Euro zusätzlich an den Fiskus abführen.

Dies ließe sich vermeiden, wenn die Tarifgrenzen der Einkommenssteuer jährlich in dem Maße angehoben werden, wie die Verbraucherpreise steigen. Am besten wäre es, diese regelmäßige Tarifanpassung im Einkommensteuergesetz zu verankern.

Die kalte Progression

Die Ursache dieses Phänomens liegt in der Ausgestaltung des Einkommenssteuertarifs: Mit steigendem Bruttoeinkommen erhöht sich auch der Steuersatz – die Steuerbelastung steigt also nicht nur absolut, sondern auch relativ zum Gehalt. Das ist durchaus gewollt – wer mehr Geld verdient, soll auch mehr zum Steueraufkommen und damit zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben beitragen.

Problematisch wird es aber, wenn die Erhöhung des Bruttogehalts maximal die Inflation ausgleicht. Denn dann steigt aufgrund der höheren Steuerbelastung das Nettoeinkommen weniger stark als das allgemeine Preisniveau – der Arbeitnehmer kann sich demzufolge weniger leisten als zuvor. Diesen Effekt bezeichnen Ökonomen als kalte Progression.



Information

Gutachten

Thilo Schaefer:
Kalte Progression – Mikrosimulationsanalyse der Auswirkungen inflationsbedingter Einkommenssteuerverhöhungen

www.iwkoeln.de/studien/gutachten

Mehr Licht als Schaden

Bundesregierung. Seit nunmehr zwei Legislaturperioden bestimmt Angela Merkel (CDU) die Richtlinien der Politik. Auf der Zielgeraden in Richtung Bundestagswahl ist es an der Zeit für eine reformpolitische Bilanz: Was ist in Deutschland von 2005 bis heute vorangegangen, und was ist schiefgelaufen?

Am 22. November 2005 wurde Angela Merkel zur Bundeskanzlerin gewählt. Seitdem hat sie mit wechselnden Partnern koalitiert – erst mit der SPD, zuletzt mit der FDP. Ihre Reformbilanz kann sich durchaus sehen lassen – wenn man sich die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen und der Staatsfinanzen vor Augen hält. Dennoch ist fraglich, ob Merckels Amtszeit ausschließlich Lobkärtchen verdient:

- **Arbeitsmarkt.** Während 2005 die Arbeitslosenquote noch deutlich höher als im übrigen Euroraum lag und man schon von Deutschland als dem kranken Mann Europas sprach, haben sich die Verhältnisse inzwischen

umgekehrt – die Arbeitslosenquote ist hierzulande nur noch halb so hoch wie in der Eurozone (Grafik).

Die Arbeitsmarkterfolge dürften indes noch zu einem guten Teil auf die Hartz-IV-Reformen der Regierung Schröder zurückzuführen sein.

- **Staatsfinanzen.** Im Jahr 2005 gab der Staat – Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen – deutlich mehr aus, als er einnahm. Das Minus lag bei 3,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Schon 2007 erwirtschafteten die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherungen eine schwarze Null.

Die Wirtschaftskrise sorgte anschließend dafür, dass der Konsoli-

dierungspfad verlassen wurde – aber nur vorübergehend. Im vergangenen Jahr erzielte der Staat als Ganzes erneut einen Überschuss.

Einen Wermutstropfen gibt es allerdings: Weil die Wirtschaft zuletzt rundlief, sprudelten die Steuereinnahmen kräftig. Trotzdem wies zum Beispiel der Bund für 2012 ein Haushaltsdefizit von 12 Milliarden Euro aus. Gerettet haben den Staat letztlich die Überschüsse der Sozialversicherungen in Höhe von 15,8 Milliarden Euro. Es ist also das Geld der Beitragszahler, das für einen ausgeglichenen Etat sorgte – und weniger die Berliner Finanzpolitik.

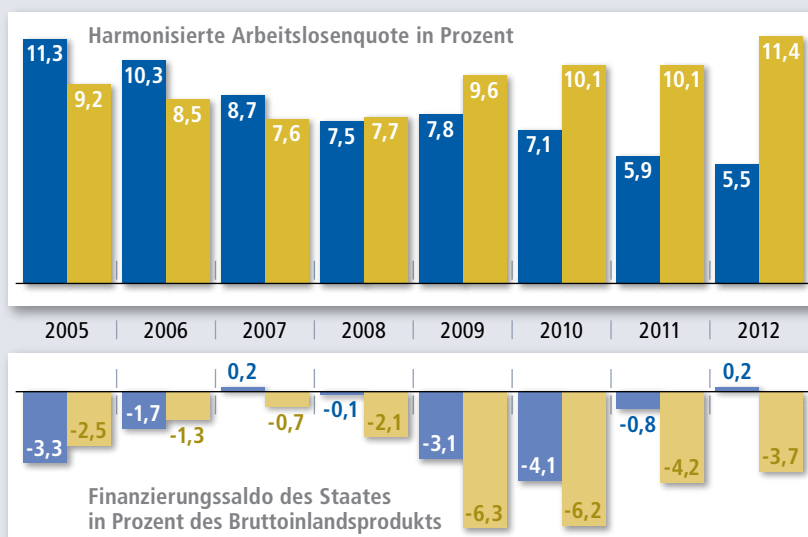
Wenn man sich die beiden Legislaturperioden der Regierungen Merkel anschaut, fällt auf, dass der Reformelan zuletzt deutlich abgenommen hat. Darauf lässt jedenfalls die Entwicklung des IW-Reformbarometers schließen (Grafik und Kasten Seite 5):

- **Große Koalition.** Gegen den erbiterten Widerstand der Gewerkschaften setzte Schwarz-Rot schon zu Beginn der Legislaturperiode die Rente mit 67 durch. Auf diese Weise sollte die Rentenversicherung demografiefest gemacht werden. Die Unternehmenssteuerreform sorgte dafür, dass Kapitalgesellschaften ihre Gewinne nur noch mit 30 statt mit 39 Prozent versteuern müssen. Das hat die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe gestärkt.

Es gab aber auch bittere Pillen zu schlucken, wie etwa die Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19 Prozent, was die Konsumfreude der Verbraucher und damit die Konjunktur beeinträchtigte.

Bilanz der Merkel-Jahre: Mehr Beschäftigung – weniger Schulden

■ Deutschland ■ Eurozone



2012: teilweise Schätzungen; harmonisierte Arbeitslosenquote: nach dem Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation; Quellen: Eurostat, OECD

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · iw17

Im Jahr 2008 wurde ohne Not die maximale Zahldauer für das Arbeitslosengeld I angehoben – Ältere konnten fortan 24 statt 18 Monate ALG I beziehen. Dies war ein Rückschlag in den Bestrebungen, Ältere in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Und es torpedierte die Rente mit 67.

Die Neuregelung der Erbschaftsteuer hat vor allem bei mittelständischen Firmen für Unmut gesorgt. Zum einen ist damit ein großer bürokratischer Aufwand verbunden. Zum anderen sind die Bedingungen, unter denen Betriebsvermögen von der Steuer verschont bleiben, sehr restriktiv. Umstrukturierungen zum Beispiel werden erschwert, was die Existenz von Unternehmen und damit Jobs gefährden kann.

Im November 2008 passierte der Gesundheitsfonds den Bundesrat, er sah u. a. einen einheitlichen Beitragssatz für alle gesetzlichen Kassen vor. Mit dem Fonds reduzierte der Staat den Wettbewerb zwischen den Kassen auf ein Minimum.

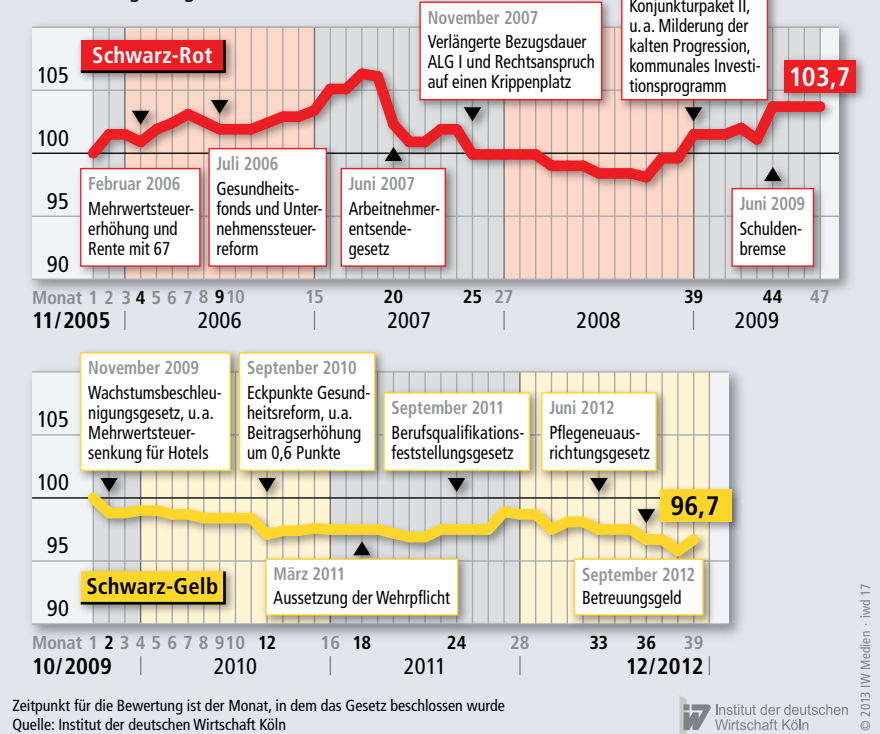
Hätte die Finanz- und Wirtschaftskrise die Große Koalition nicht gefordert, wäre die Reformbilanz der ersten Regierung Merkel unter dem Strich wohl negativ ausgefallen. Mit den Konjunkturpaketen (Stichworte sind hier u. a. die Umweltprämie sowie Investitionsprogramme) und den Regelungen zur Kurzarbeit wurde der Nachfrageeinbruch abgefedert, was Deutschland durch die Krise half.

• **Schwarz-gelbe Koalition.** Diese startete 2009 gleich mit einem Fauxpas in die neue Legislaturperiode. Sie setzte für Hotelübernachtungen die Mehrwertsteuer von 19 Prozent auf 7 Prozent herab – damit wurde die willkürliche Auswahl von Produkten und Dienstleistungen mit ermäßigten Sätzen nochmals erweitert.

Zwei Legislaturperioden im Vergleich

Das Reformbarometer des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln beurteilt, inwieweit politische Reformvorhaben in der Arbeitsmarktpolitik, der Sozialpolitik sowie der Steuer- und Finanzpolitik die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verändert haben.

Monat der Regierungsübernahme = 100



Ende 2010 gab es erneut eine Gesundheitsreform – die Regierung griff in die Preisbildung bei Arzneimitteln ein (mit einem Zwangsrabatt auf patentgeschützte Arzneimittel), die Kassen konnten einen Zusatzbeitrag in Form einer festen Prämie erheben und der Beitragssatz wurde erhöht.

Schon die Große Koalition hatte die Rentenformel, wonach die Renten sinken, wenn zuvor die Löhne gesunken sind, ausgehebelt. Diese Rentengarantie griff 2010 erstmalig.

Denn im Jahr 2009 waren die Bruttolöhne gesunken.


Trippelschritte in die richtige Richtung gab es vor allem in der Arbeitsmarktpolitik. Zu nennen wären die Aussetzung der Wehrpflicht – was dem Fachkräftemangel entgegenwirkt – oder die weitere Öffnung für ausländische Arbeitskräfte (Stichwort: Blaue Karte).

Ein großer Schritt nach vorn wäre das Gesetz zum Abbau der kalten Progression gewesen – dieses ist aber jüngst am Bundesrat gescheitert.

Das IW-Reformbarometer

Mit dem Reformbarometer bewertet das Institut der deutschen Wirtschaft Köln seit 2002, inwieweit Reformen in den Bereichen Arbeitsmarkt-, Sozial- sowie Steuer- und Finanzpolitik die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland verändern. Die Punktevergabe richtet sich danach, ob sich die Reformvorhaben günstig auf das Wirtschaftswachstum oder die Beschäftigung auswirken. Zeitpunkt für die Bewertung ist der Monat, in dem die Gesetze beschlossen wurden.

EU peilt das Vier-Liter-Auto an

Verkehrsemissionen. Die Luftverunreinigungen, die der Autoverkehr verursacht, sind ein wichtiges Thema in der globalen Klimapolitik. In vielen Ländern gibt es deshalb inzwischen Kohlendioxid-Grenzwerte für Pkws. Die weltweit strengsten Auflagen peilt die EU-Kommission an. 

Ab 2020 sollen Neuwagen in der EU im Schnitt nur noch 95 Gramm CO₂ je Kilometer ausstoßen – das entspricht einem Kraftstoffverbrauch von weniger als vier Litern auf 100 Kilometer. Mit diesem Grenzwert macht Brüssel den Auto-

bauern, die ihre Pkws in Europa absetzen wollen, die weltweit striktesten Vorgaben (Kasten Seite 7).

Hintergrund sind die ambitionierten Klimaschutzziele, die sich die EU gesetzt hat: Bis 2050 wollen die Mitgliedsstaaten ihre verkehrsbe-

dingten CO₂-Emissionen um 60 Prozent gegenüber dem 1990er-Wert senken.

Das wird schwer genug: Schließlich haben die Straßenverkehrsemissionen in Europa – nicht zuletzt aufgrund der wirtschaftlichen Aufholprozesse in den ost- und südeuropäischen Ländern – in den vergangenen 20 Jahren kräftig zugelegt (Grafik Seite 7):

Stießen die Pkws und Lkws in Europa im Jahr 1990 rund 718 Millionen Tonnen CO₂ aus, waren es 2010 fast 877 Millionen Tonnen.

Die Kraftfahrzeugemissionen sind damit stärker gestiegen als die Emissionen der anderen großen Sektoren. Auf den Straßenverkehr entfielen 2010 knapp 19 Prozent der europäischen Treibhausgasemissionen, nur die Kraftwerke und die Industrie haben mehr ausgestoßen.

Zwei Drittel der verkehrsbedingten CO₂-Emissionen gehen auf das Konto von nur fünf Staaten: Spanien, Italien, Frankreich, Großbritannien und Deutschland.

Allerdings haben sich in diesen Ländern die Emissionen höchst unterschiedlich entwickelt:

- In Spanien betrug das Plus im Zeitraum 1990 bis 2010 fast 64 Prozent – nicht zuletzt bedingt durch das zwischenzeitlich rasante Wirtschaftswachstum.
- Auch in Italien (plus 16 Prozent) und Frankreich (plus 10 Prozent) stießen die Autos und Lastwagen in diesem Zeitraum zusehends mehr CO₂ aus.
- Die Verkehrsemissionen in Großbritannien blieben mit einem Plus von 2 Prozent in etwa konstant.



CO₂-Emissionen: Was Europa den Autobauern vorschreibt

Seit dem Jahr 2006 schreibt die EU den Pkw-Herstellern vor, wie viel Gramm CO₂ je Kilometer ihre Neuwagenflotten ausstoßen dürfen. Für jeden Hersteller werden dabei auf Basis der Durchschnittsemission eigene Zielwerte unter Berücksichtigung des Durchschnittsgewichts der Fahrzeugflotte festgelegt.

	Durchschnittsgewicht 2006 in kg	Emission 2006	Emissionsziel 2015	Emissionsziel 2020	Emissionsreduktion zwischen 2006 und 2020 in Prozent
Daimler	1.472	184	138	101	45,1
BMW	1.453	182	138	101	44,5
Ford	1.319	162	127	93	42,6
VW	1.366	165	132	96	41,8
Fiat	1.112	144	119	87	39,6
GM	1.257	157	131	96	38,9
Toyota	1.214	152	127	93	38,8
Renault-Nissan	1.230	150	127	93	38,0
Peugeot/Citroën	1.201	142	128	93	34,5
EU-weit	1.372	159	130	95	40,3

Emissionsziel 2020: unter der Annahme von unveränderten Fahrzeuggewichten; Fiat: ohne Chrysler
 Quellen: Europäischer Automobilherstellerverband ACEA, Europäische Kommission

- In Deutschland sanken die Emissionen aus dem Straßenverkehr – zwischen 1990 und 2010 um 4 Prozent, zwischen 1999 und 2010 sogar um mehr als 17 Prozent.

Um die Verkehrsemissionen zu senken, beschreitet die EU einen ungewöhnlichen Weg: Statt an der tatsächlich ausgestoßenen CO₂-Menge der durch Europa fahrenden Wagen anzusetzen, gibt Brüssel verbindliche Grenzwerte für den Kohlendioxid-Ausstoß einzelner Fahrzeuge vor. Dieses Vorgehen lässt aber außer Acht, wie und wie viel ein Auto tatsächlich gefahren wird.

Das EU-Klimaschutzvorhaben, das sich derzeit in der Abstimmung im Europäischen Parlament befindet und wohl in der jetzigen Fassung durchgewunken werden dürfte, sieht folgende Grenzwerte für Pkws in Europa vor (Grafik Seite 6):

Ab 2015 darf die Neuwagenflotte im Schnitt nur noch 130 Gramm CO₂ je Kilometer ausstoßen, ab 2020 wird die Emissionsmenge auf 95 Gramm CO₂ je Kilometer reduziert.

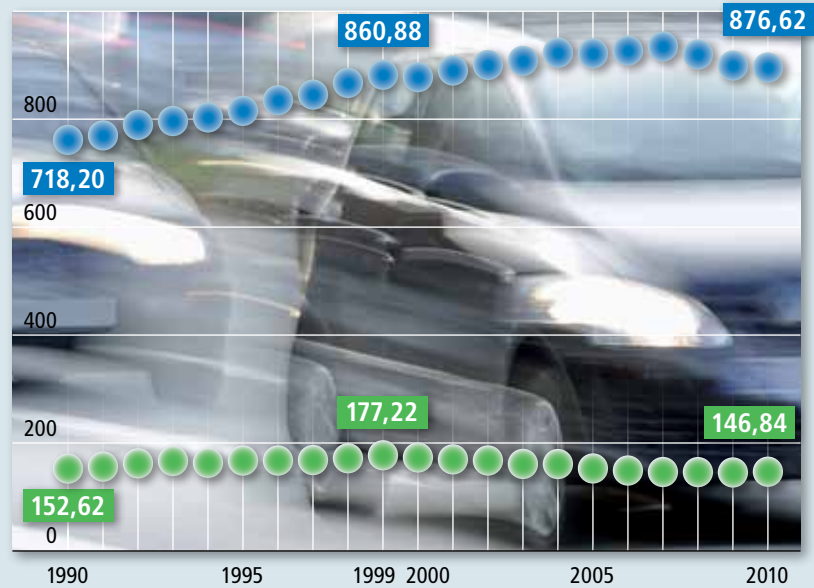
Bei diesen Angaben handelt es sich allerdings nur um Mittelwerte. Jeder einzelne Autobauer erhält herstellereigenspezifische Grenzwerte – unter Berücksichtigung seines Produktportfolios. Der entscheidende Faktor dabei ist das Durchschnittsgewicht der Neuwagenflotte eines Herstellers.

Schweren Autos beispielsweise wird zwar grundsätzlich mehr Spritverbrauch und damit eine größere Emissionsmenge zugestanden als leichten, doch gleichzeitig wird von schweren Karossen eine stärkere CO₂-Verringerung eingefordert.

So steigert ein Mehrgewicht von 100 Kilogramm den Spritverbrauch eines Pkws um 0,4 bis 0,5 Liter, das entspricht zusätzlichen Kohlendio-

Verkehrsemissionen: Mal mehr, mal weniger

CO₂-Emissionen des Straßenverkehrs in Millionen Tonnen ■ EU-27 ■ Deutschland



Straßenverkehr: sämtliche Kraftfahrzeuge
Quelle: Weltklimarat

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw-d 17 - Foto: Ralf Gosch - Fotolia.com

xid-Emissionen von 9 bis 11 Gramm pro Kilometer. Der erlaubte CO₂-Wert für 2015 gestattet bei dieser Gewichtszunahme aber nur den zusätzlichen Ausstoß von 4,57 Gramm je Kilometer, ab 2020 sind sogar lediglich weitere 3,33 Gramm je Kilometer erlaubt. Die Folge:

- **Die Hersteller mit den schwersten Flotten** müssen zwischen 2006 und 2020 ihre Emissionen um durchschnittlich etwa 45 Prozent senken.
- **Die Produzenten mit den leichtesten Fahrzeugen** brauchen ihre Abgasbelastung nur um 35 Prozent zu reduzieren.

Zwar halten jetzt schon einige Autohersteller den Emissionszielwert für 2015 ein, doch dies sind vor allem jene, die aufgrund des geringeren Durchschnittsgewichts ihrer Neuwagenflotten auch weniger strenge Auflagen erfüllen müssen.

Vor allem die Premiumhersteller mit ihren meist schweren Fahrzeugen dürften die Auflagen daher nur erfüllen können, wenn sie ihre Neuwagenflotte zunehmend elektrifizie-

ren: Für Plug-in-Hybride gelten privilegierte Vorschriften bei der Ermittlung der CO₂-Emissionen, batteriegetriebene Autos gelten sogar als Null-Emissionsfahrzeuge.

Grenzwerte grenzenlos

Nicht nur Europa will den CO₂-Ausstoß einzelner Fahrzeuge reduzieren, auch andernorts gibt es solche Bestrebungen. Zwar werden dabei unterschiedliche Einheiten und Messverfahren benutzt, doch die verschiedenen Grenzwerte können vergleichbar gemacht werden – allerdings mittels recht aufwendiger Berechnungen. Eine solche Standardisierung zeigt: Die mit Abstand schärfsten CO₂-Regulierungen für Pkws gibt es in Europa und Japan.



Information

Gutachten

Thomas Puls: CO₂-Regulierung für Pkws – Fragen und Antworten zu den europäischen Grenzwerten für Fahrzeughersteller

www.iwkoeln.de/studien/gutachten

Zaster ohne Laster

Ökobanken. Viele Menschen wollen Bioprodukte nicht nur konsumieren, sondern auch in Bio investieren. Diese Nische bedienen Öko- und Ethikbanken. Statt hoher Zinsen bieten sie Investments in nachhaltige Unternehmen – und haben damit Erfolg.

Vor fast 50 Jahren startete mit der katholischen Steyler Bank die erste deutsche Bank mit einem ethischen Schwerpunkt. Neben dieser Missionsbank gibt es in Deutschland noch weitere Banken mit ökologisch-ethischer Orientierung: die Umweltbank, die Ethikbank, die Triodos Bank sowie die GLS Bank.

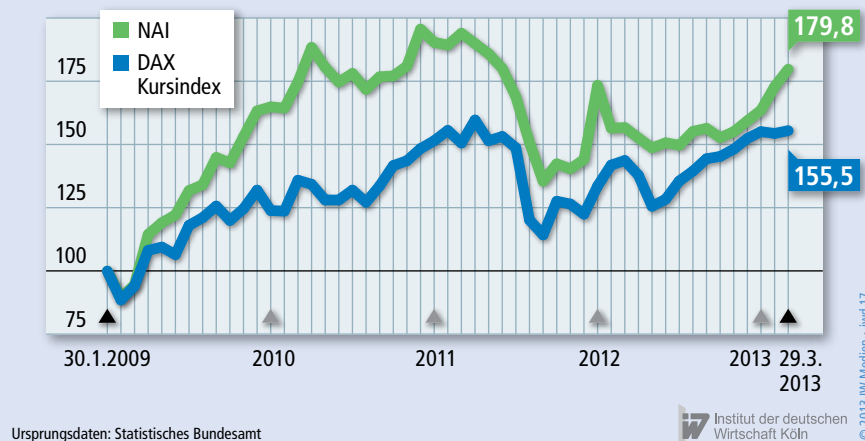
Auf den ersten Blick unterscheidet sich die Produktpalette kaum von jener der klassischen Finanzinstitute – neben Giro- und Tagesgeldkonten bieten die Ökobanken ihren Kunden auch das klassische Wertpapiergeschäft an. Zusätzlich gibt es aber Förderprogramme für ökologischen Neubau oder energie-

Adressaufkleber

Aktien: Besseres Gewissen, bessere Rendite

Der **Deutsche Aktienindex (DAX)** spiegelt die Entwicklung der 30 größten und umsatzstärksten, an der Frankfurter Börse gelisteten Unternehmen wider. Der **Natur-Aktien-Index (NAI)** beinhaltet 30 internationale, mit ihrer ökologischen Strategie erfolgreiche Unternehmen. Der NAI ist ein reiner Kursindex, das heißt Dividenden werden nicht berücksichtigt. Für einen Vergleich muss deshalb auch der Kursindex des DAX herangezogen werden. Üblicherweise wird dieser als Performanceindex veröffentlicht.

Aktienindizes im Vergleich, Index 30. Januar 2009 = 100, jeweils letzter Monatswert



tische Sanierung. Die alternativen Geldhäuser haben außerdem eine andere Produktauswahl, denn häufig werden z.B. Beteiligungen an Rüstungsunternehmen ausgeschlossen.

Durch das zunehmende Umweltbewusstsein konnten die Ökobanken stetig wachsen – bei Triodos haben sich die Einlagen in Deutschland seit 2007 verdoppelt.

In jüngster Zeit haben die Finanzkrise und das verlorene Vertrauen in den Finanzsektor den Ethikbanken weitere Kunden beschert:

Zur GLS Bank kamen im Jahr 2012 rund 27.000 neue Sparer – ein Plus von 23 Prozent.

Zwar besetzen die grünen Institute mit derzeit 226.000 Kunden und rund 3,5 Milliarden Euro Einlagen bislang eine Nische, allerdings kön-

nen sich die Kunden über steigende Renditen freuen. So kletterte der Natur-Aktien-Index (NAI) seit Anfang 2009 um knapp 80 Prozent nach oben. Dieser beinhaltet 30 internationale Unternehmen, die mit ihrer ökologischen Strategie erfolgreich sind. Im selben Zeitraum hat der Kursindex des DAX – also der Index, bei dem keine Dividenden berücksichtigt werden – lediglich um gut 55 Prozent zugelegt (Grafik).

Die Ökobanken haben aktuell in puncto Nachhaltigkeit die Nase vorn. Doch längst sind auch klassische Institute auf den grünen Zug aufgesprungen. Für nachhaltige Anlageprodukte könnte es zu einer ähnlichen Entwicklung wie bei Bio-Lebensmitteln kommen, die man mittlerweile in jedem Supermarkt findet.

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
 Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN. WISSEN
 SCHAFFT KOMPETENZ.